

Die Beratungsstelle für die Industrie in den Golfstaaten (GOIC) widmete ihr diesjähriges Industriellentreffen der Zukunft der petrochemischen Industrie. Zu der zweitägigen Konferenz, die am 20/02/2008 begann, waren unter der Schirmherrschaft des Kronprinzen von Abu Dhabi, Scheikh Mohammed Bin Zayed Al Nahyan, auch die Industrieminister der Länder der sechs Golfstaaten Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien sowie der gastgebenden Vereinigten Arabischen Emirate versammelt.

Gastredner Gerhard Schröder sprach in seiner Eröffnungsrede über Energiewirtschaft im globalen Kontext. Er betonte, dass sich die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren trotz hoher

stellt wird, durch die sie weitergeleitet oder transportiert wird und in denen sie schließlich genutzt und verbraucht wird. Wenn dies gelänge, so Schröder, dann wäre die Basis für Investitionen gesichert, die Voraussetzung für weitere Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung in globaler Partnerschaft darstellten.

Ursprünglich spielten die Golfstaaten als Lieferanten von Öl und Gas eine hervorragende Rolle in der Weltwirtschaft. Dass sie in der Petrochemie noch nicht so stark vertreten waren, hat verschiedene Gründe. Unter anderem fehlte es an erforderlichen Technologien, an qualifizierten Arbeitnehmern, an privatwirtschaftlicher Initiative und an kom-

der GOIC betonte die Faktoren, die für den Standort der Golfstaaten sprechen, nämlich Nähe der Produktion zu den Rohstoffen und logistische Vorteile durch kostengünstigen Transport der Produkte per Schiff. So wird aus der Golfregion bis zum Jahr 2020 wohl 20% der Weltproduktion von Polymeren kommen. Die Minister der Golfstaaten bedauerten, dass es nach nahezu zwanzigjährigen Verhandlungen über den Freihandelsvertrag (FTA) zwischen der EU und den Golfstaaten zum Abschluss zu bringen, denn dann würden die Zölle für den Import petrochemischer Produkte in die EU wegfallen, wie Dr. M. Khalfan Bin Kharbash, Finanzminister der VAE, betonte. Immer noch

## Golfstaaten fördern ihre Petrochemie



Professor Arnold Vahrenwald berichtet über das Treffen in Abu Dhabi

Energiepreise und trotz politischer Instabilität gleichwohl sehr positiv entwickelt hätte. Im Hinblick auf Voraussagen der Internationalen Organisation für Energie, die bis zum Jahr 2030 einen Zuwachs im weltweiten Energieverbrauch von 50% voraussieht, hielt es der Ex-Kanzler für dringend notwendig, den Klimawandel zu kontrollieren. Er betonte, dass Deutschland bestrebt sei, unter effizienterer Verwendung fossiler Energien auf die Nutzung erneuerbarer Energien umzustellen, sodass diese bis zum Jahr 2030 bereits 50% der Elektrizität produzieren könne. Als Mittel für eine stabile Entwicklung der Energiewirtschaft und zur Konsolidierung der Weltwirtschaft empfahl Schröder die Weiterentwicklung der Energie-Charter. Diese Charter solle attraktiver gemacht werden, um den Interessenausgleich zwischen den Staaten zu garantieren, in denen Energie gefördert oder herge-

petenter Bankberatung. Der Anlagenbau - die Fertigstellung einer Raffinerie dauert 30 bis 40 Monate - wurde von westlichen Unternehmen dominiert, eigene Fachkräfte standen lange nicht zur Verfügung, die Erdölexploration war in der Hand staatlicher Unternehmen und die eigenen Banken finanzierten lieber Immobilien, was sichere Gewinne versprach. Diese Situation ändert sich rasch.

Zwischen den Jahren 2000 und 2006 nahmen die Investitionen in petrochemische Projekte um durchschnittlich 5% zu, und die Zahl der Arbeitnehmer betrug zuletzt über 160.000. Im Hinblick auf die Vielfalt von Produkten und der Anwendungsmöglichkeiten betrachten die Golfstaaten diesen Bereich als eine höchst dynamische Schlüsselindustrie für die Sicherung des Wohlstands in ihrer Region. Rafat Al Suweimal von

strittig sind die Passagen über Marktzugang, Ausschreibungen der öffentlichen Hand und geistiges Eigentum.

Hashim Bin Abdullah Yamani, Handelsminister von Saudi Arabien ärgerte sich: Es ist ein Problem, dass die Europäer Dinge in das Freihandelsabkommen schreiben möchten, die über den Rahmen der wirtschaftlich-technischen Kooperation hinausgehen. Allerdings gab Maqbool bin Ali Sultan, Handelsminister aus dem Oman, bei der offeneren Diskussion auch zu, daß es aufgrund der notwendigen internen Abstimmung sowohl bei den 6 Golfstaaten und den 27 EU-Staaten zu Verzögerungen komme. Bei den Golfstaaten fehle es beispielsweise an einer einheitlichen Position betreffend geistiges Eigentum, Arbeitsrecht oder staatliche Förderungsmaßnahmen. Der Minister für Energie und Industrie aus Qatar, Abdullah Bin

Hamad Al Attiyah, äußerte sich offen enttäuscht von der EU Kommission: "Während die EU den Löwenanteil von Vorteilen aus einem Freihandelsabkommen ziehen will, treffen uns nur Verpflichtungen und Nachteile, und zwar besonders im petrochemischen Sektor." In der Tat hatte die petrochemische Industrie in der EU die Kommission vor möglichen ungünstigen Folgen eines Freihandelsabkommens gewarnt. Sie wird durch Einfuhrzölle auf petrochemische Produkte geschützt, die bei Importen aus den Golfstaaten anwendbar sind. Das Handelsbilanzdefizit der Golfstaaten im Handel mit der EU ist immens und beträgt etwa USD 17 Mrd.

Dr. Andrew Spiers von Nexant ChemSystems zeigte die globalen Herausforderungen für die petrochemische Industrie auf, von denen die Entwicklung in den Golfstaaten beeinflusst werden wird: der Mangel an preiswerten Rohstoffen, ein Anstieg von Öl- und Gaspreisen, ein sensibilisiertes Umweltbewusstsein, der Zugang zu Technologien, eine Konsolidierung der Industrie und ein Nachfragezuwachs in Asien. Der Anstieg von Rohöl- und Gaspreisen wird sich auf die petrochemische Industrie der Golfstaaten weniger nachteilig auswirken, als auf die Industrie der Staaten, die diese Rohstoffe importieren müssen. Kapitalstarke Industrien der Golfstaaten müssen versuchen, technologische Defizite durch Erwerb von High-Tech-Unternehmen oder von Lizenzen auszugleichen. Außerdem werden sie eigene Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöhen. Die Zahl der weltweit auf diesem Sektor aktiven Unternehmen wird sich verringern, und zwar insbesondere durch Aufkäufe und Übernahmen. Die Produkte werden diversifizierter. Gleichzeitig steigt die Komplexität der Industrieanla-

gen. Diese müssen in der Lage sein, die wachsenden Bedürfnisse des Markts zu befriedigen, steigende Kosten abzufangen und längeren Entwicklungszeiten für Produkte Rechnung zu tragen. Für die Unternehmen in den Golfstaaten wird entscheidend sein, wie sie die technologische Herausforderung bewältigen. Wenn ihnen dies gelingt, dann können sie ihre Standortvorteile - die Nähe zu den Rohstoffen und Seegütertransport der Produkte - ausspielen.

Den Herausforderungen durch die technologischen Lücke antwortete die Regierung von Abu Dhabi in typischer Manier. Im Jahr 2006 wurde der Grundstein für das Masdar ("Quelle" in arabisch) Projekt gelegt, das aus dem Masdar Institute und der Masdar Special Free Zone besteht. Bis zum Jahr 2009 wird vor den Toren Abu Dhabis ein über 6 km<sup>2</sup> großer Forschungs- und Industriepark geschaffen. Masdar Abu Dhabi Future Energy Co. war der Hauptsponsor der zeitgleich in Abu Dhabi stattfindenden World Energy Summit, der sich vorwiegend mit erneuerbaren Energien und ihrer Nutzung befasste.

Das Masdar Institute generiert ein Netzwerk von Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen. In Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten wird es neue Wege aufzeigen, um Energie effizienter und umweltschonender herzustellen und zu nutzen. Auf deutscher Seite hat sich bereits die Rheinisch-Westfälische Technische Universität in Aachen engagiert. Die Masdar Special Free Zone steht Unternehmen offen, die in diesem Sektor arbeiten. Gefragt sind Innovationsfähigkeit, Energieeffizienz, Recycling von Materialien, Vielfalt von Anwendungen biologischer Produkte und Verfahren, sowie die Entwicklung umweltschonender Standards. Die Regie-

rung plant die Ansiedlung von etwa 1.500 Unternehmen. Von besonderem Interesse ist die gesellschaftsrechtliche Ausnahmeregelung, nach der Ausländer Unternehmen in der Zone zu 100% halten dürfen.

Prof. Joseph Stieglitz, der den Nobelpreis für Wirtschaft im Jahr 2001 erhalten hatte, ging in seiner Schlussrede auf die aktuellen Probleme der Finanzwirtschaft ein. Er kritisierte, dass es der US-Regierung nicht gelungen sei, die Banken bei der Kreditvergabe zu strengeren Maßstäben zu verpflichten. US Pensionsfonds hätten sich wegen der ihnen auferlegten größeren Beschränkungen nicht in ähnlicher Weise auf dem Hypothekemarkt engagieren dürfen, und ähnliche Regeln hätten auch den Banken auferlegt werden können. Mitverantwortlichkeit für die unzureichenden Regelungen im Bankenbereich trägt nach seiner Auffassung das Lobbying, da die jeweiligen Regierungen zu stark von den Interessen derjenigen abhängen, die ihnen den Wahlkampf finanzieren.

In der Diskussion der Ergebnisse der Konferenz wies der Generalsekretär des GOIC, Dr. Ahmed Khalil Al-Mutawa, darauf hin, dass die petrochemische Industrie in den Golfstaaten, die aufgrund der hohen Projektkosten noch durch große, quasi-staatliche Unternehmen gekennzeichnet ist, in Zukunft von der Flexibilität privatwirtschaftlicher Organisation profitieren könne. So ließe sich der Anteil von 59% der Gesamtinvestitionen, der auf diesen Bereich der verarbeitenden Industrie in der Region entfällt, noch steigern, denn dann dürfe eine verbesserte Gesamtkapitalrentabilität erwartet werden. Es wird projiziert, dass die Gesamtinvestitionen in der petrochemischen Industrie der Golfstaaten bis zum Jahr 2010 auf USD 120 Mrd. anwachsen.



*Bild links:  
Sheika Lubna Al Qasimi, Wirtschaftsministerin der Vereinigten Arabischen Emirate; Gerhard Schröder, ehem. Bundeskanzler, Nord Stream AG; Yousef Omais bin Yousef, CEO, Abu Dhabi National Oil Co.*

*Bild unten:  
Prof. A. Vahrenwald und Prof. J.E. Stieglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaft und Ex-Vizepräsident der Weltbank*

*Die Webseite der GOIC ist: <http://www.goic.org.qa>*